

N° 1935.

AUTRICHE ET SUISSE

Convention en vue d'éviter certains cas de double imposition, avec protocole final. Signés à Vienne, le 24 octobre 1927.

**AUSTRIA
AND SWITZERLAND**

Convention for the Prevention of certain Cases of Double Taxation, with Final Protocol. Signed at Vienna, October 24, 1927.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o 1935. — VERTRAG¹ ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT, IM NAMEN DES KANTONS ST. GALLEN, ZUR VERMEIDUNG GEWISSER DOPPELBESTEUERUNGSFÄLLE, GEZEICHNET IN WIEN, AM 24. OKTOBER, 1927.

Texte officiel allemand communiqué par le chancelier du Gouvernement fédéral d'Autriche. L'enregistrement de cette convention a eu lieu le 24 janvier 1929.

German official text communicated by the Chancellor of the Austrian Federal Government. The registration of this Convention took place January 24, 1929.

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH und DIE SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT, IM NAMEN DES KANTONS ST. GALLEN, vom Wunsche geleitet, die Doppelbesteuerung in gewissen Fällen zu vermeiden, sind übereingekommen, den nachstehenden Vertrag abzuschliessen und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt :

DIE ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG :

den Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen Egon SCHWANBERG,
den Ministerialrat im Bundesministerium für Finanzen Dr. Rudolf EGGER ;

DER SCHWEIZERISCHE BUNDES RAT :

den Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung Hans BLAU,
den Vorsther des Finanzdepartements des Kantons St. Gallen Regierungsrat Dr. Emil MAEDER,
den Legationssekretär I. Klasse des Eidgenössischen Politischen Departements Dr. Hans FRÖLICHER.

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Berne le 14 mars 1928. La convention est entrée en vigueur à cette date avec effets rétroactifs au 1^{er} janvier 1927 pour les cantons dont l'adhésion est antérieure à l'échange des ratifications.

Ont adhéré à la présente convention (avant l'échange des ratifications) : Zurich, Unterwald-le-Haut, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Appenzell, Rh. Int., Argovie, Thurgovie et Neuchâtel.

Les cantons Unterwald-le-Haut, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Appenzell Rh. Int., et Argovie ont fait la déclaration de réciprocité concernant l'imposition des entreprises commerciales et industrielles (protocole final ch. 7, seconde phrase et suivantes).

¹ The exchange of ratifications took place at Berne, March 14, 1928. The Convention came into force on that date with retroactive effect as from January 1st, 1927, for the Cantons whose accession is prior to the exchange of ratifications.

The following Cantons have acceded to the present Convention (before the exchange of ratifications) : Zurich, Obwalden, Basel-Stadt, Basel-Land, Appenzell Innerhoden, Aargau, Thurgau and Neuchâtel.

The Cantons of Obwalden, Basel-Stadt, Basel-Land, Appenzell Innerhoden and Aargau have made the declaration of reciprocity regarding the taxation of commercial and industrial undertakings (Final Protocol, paragraph 7, second and following sentences).

Die Bevollmächtigten haben, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese als richtig befunden haben, folgendes vereinbart:

Artikel I.

1. Einkünfte, die in öffentlichem oder privatem Dienste beschäftigte oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung, gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form beziehen (Arbeitseinkommen), sollen nur in dem Staate zur Einkommensteuer herangezogen werden, in dem der Steuerpflichtige einen Wohnsitz hat. Als Arbeitseinkommen gelten auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

2. Ist ein Wohnsitz gleichzeitig in Österreich und im Kanton St. Gallen begründet, so erfolgt die Besteuerung im Staate jenes Wohnsitzes, in dem der Steuerpflichtige seinen Familienwohnsitz hat; in Ermanglung eines Familienwohnsitzes werden Vereinbarungen der obersten Finanzverwaltungsbehörden der Republik Österreich und des Kantons St. Gallen von Fall zu Fall getroffen.

3. Wohnsitz im Sinne dieses Vertrages hat der Steuerpflichtige an dem Orte, wo er sich mit der Absicht des dauernden Verbleibens aufhält. Diese Absicht muss aus äusseren Merkmalen (Innehabung einer eigenen Wohnung oder eines auf die Dauer gemieteten Zimmers, Wohnen bei der eigenen Familie oder dergleichen) hervorgehen.

Artikel II.

Die Dienstbezüge der im Dienste der Zollverwaltung der Republik Österreich oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft stehenden Personen, die bei einer auf dem Gebiete des anderen Staates gelegenen Amtsstelle dieser Verwaltung bedienstet sind und deshalb dort wohnen, sollen zur Einkommensteuer nur im Heimatstaate herangezogen werden. (Artikel 9 des Übereinkommens vom 2. August 1872, betreffend den Zolldienst in den Eisenbahnstationen in Buchs und St. Margrethen.)

Artikel III.

Darlehen, die von einem in dem einen Lande domizilierten Gläubiger einem im anderen Lande domizilierten Schuldner gewährt werden, sowie die Zinsen und anderen Erträgnisse solcher Darlehen sind der Einkommen- und Rentensteuer sowie der Vermögensteuer nur im Lande des Gläubigers unterworfen; hinsichtlich der Rentensteuer jedoch mit Ausnahme jener Fälle, in denen die Steuer im Wege des Abzuges durch den Schuldner erhoben wird. Für das Domizil physischer Personen sind massgebend die Bestimmungen des Artikels I, dritter Absatz, dieses Vertrages. Das Domizil von Gesellschaften und juristischen Personen befindet sich am Sitze der wirklichen Geschäftsleitung.

Artikel IV.

Grundstücke und ihre Erträgnisse sind nur in demjenigen Lande vermögens- und einkommensteuerpflichtig, in welchem die betreffenden Grundstücke liegen.

Artikel V.

1. Handels- und Gewerbeunternehmungen, deren Inhaber in einem der beiden Staaten ihren Wohnsitz (Sitz) haben, werden, wenn sie ihren Betrieb in das Gebiet des anderen Staates erstrecken,

ohne dass dortselbst eine Betriebsstätte errichtet wird, in diesem anderen Staate nicht der Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erwerbsteuer, beziehungsweise Körperschaftssteuer unterworfen.

2. Als Betriebsstätten gelten die Geschäftsleitung, Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Ein- und Verkaufsstellen, Niederlagen, Kontore und sonstige zur Ausübung des Gewerbes durch den Unternehmer selbst, dessen Geschäftsteilhaber, Prokuristen oder andere ständige Vertreter unterhaltene Geschäftseinrichtungen. Wenn ein selbständiger Agent für die vertretene Firma, für die er ein Warenlager nicht hält, lediglich Geschäfte vermittelt, ohne zu deren Abschluss bevollmächtigt zu sein, gilt dies nicht als das Unterhalten einer Betriebsstätte.

Artikel VI.

Zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen können im übrigen von den obersten Finanzverwaltungsbehörden der Republik Österreich und des Kantons St. Gallen von Fall zu Fall unmittelbare Verhandlungen zum Zwecke einer Regelung im Sinne angemessener Verteilung der Steueransprüche geführt werden.

Artikel VII.

Dieser Vertrag ist jederzeit kündbar. Erfolgt die Kündigung vor dem 1. Oktober eines Jahres, so verliert der Vertrag bereits für das der Kündigung folgende Kalenderjahr, andernfalls für das zweitfolgende Kalenderjahr seine bindende Kraft.

Artikel VIII.

1. Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen möglichst bald in Bern ausgetauscht werden.

2. Dieser Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er findet Anwendung auf die Steuern, die die Zeit vom 1. Jänner 1927 an betreffen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Wien, den 24. Oktober 1927.

Für die Republik Österreich :

(L.S.) SCHWANBERG.

Dr. Rudolf EGGER.

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft :

(L.S.) BLAU.

MAEDER.

FRÖLICHER.

SCHLUSSPROTOKOLL.

Bei Unterzeichnung des vorstehenden Vertrages haben sich die unterzeichneten Bevollmächtigten über die folgenden, einen wesentlichen Teil des Vertrages bildenden Erklärungen geeinigt :

1. Dieser Vertrag findet Anwendung auf seiten der Republik Österreich auf die im Personalsteuergesetz, B. G. Bl. Nr. 307 vom Jahre 1924, geregelten direkten Steuern, auf seiten des Kantons St. Gallen auf die direkten Steuern des Staates und der Gemeinden.

2. Wird während des Steuerjahres der Wohnsitz von einem Lande in das andere verlegt, so wird von jedem der beiden Länder nur der Teil des Arbeitseinkommens besteuert, der während der Dauer des Wohnsitzes auf seinem Gebiete erzielt wurde.

3. Die Bestimmung des Artikels III findet keine Anwendung auf Darlehen, die zur Verdeckung von Geschäftsbeteiligungen gewährt werden. Sie berührt nicht die Besteuerung schuldnerischer Unternehmungen.

4. Sobald im Kanton St. Gallen eine Besteuerung inländischer Hypotheken oder deren Zinsen ohne Rücksicht auf den Wohnsitz des Gläubigers grundsätzlich eingeführt werden sollte, erfährt Artikel III mit dem Zeitpunkte einer solchen gesetzlichen Einführung eine Einschränkung in dem Sinne, dass er auf Darlehen, die grundbücherlich sichergestellt sind, und Zinsen aus solchen nicht anwendbar wird.

5. Artikel V findet keine Anwendung auf Hausier- und Wandergewerbe.

6. Dem Vertrage können sich andere schweizerische Kantone anschließen, und zwar durch Beitrittserklärung. Die Beitrittserklärung wird namens der betreffenden Kantone von der Schweizerischen Eidgenossenschaft der Republik Österreich abgegeben werden. Erfolgt die Mitteilung der Beitrittserklärung spätestens bis zum Austausch der Ratifikationsurkunden bezüglich des Vertrages zwischen der Republik Österreich und dem Kanton St. Gallen, so findet Artikel VIII, zweiter Absatz, Anwendung; andernfalls finden die Bestimmungen des Vertrages erstmalig auf die das Jahr, in dem die Beitrittserklärung abgegeben wurde, betreffenden Steuern Anwendung.

7. Gegenüber schweizerischen Kantonen, die bereit sind, eine Regelung im Sinne dieses Vertrages nur für einzelne Bestimmungen desselben zu treffen, wird die österreichische Regierung die betreffenden Bestimmungen anwenden, sofern ihr die schweizerische Regierung eine Gegenrechtserklärung der zuständigen Behörde des in Frage kommenden Kantons zugehen lässt. Die österreichische Regierung erklärt sich ferner bereit, gegenüber jedem schweizerischen Kanton auf dem gleichen Wege der Gegenrechtserklärung die Besteuerung der Handels- und Gewerbeunternehmungen zu ordnen, die Betriebsstätten in Österreich oder in einem schweizerischen Kanton unterhalten, und zwar in dem Sinne, dass die Unternehmung sowie das Einkommen daraus nur in dem Staate zu den direkten Steuern (Ziffer 1) herangezogen werden soll, in welchem sich eine Betriebsstätte befindet. Befinden sich Betriebsstätten derselben Unternehmung in beiden Gebieten, so soll die Heranziehung zu den direkten Steuern in jedem Gebiete nur nach Massgabe des von den inländischen Betriebsstätten aus stattfindenden Betriebes erfolgen. Was als Betriebsstätte anzusehen ist, bestimmt sich nach Artikel V dieses Vertrages.

Wie Handels- und Gewerbeunternehmungen sind auch Beteiligungen an gesellschaftlichen Unternehmungen (insbesondere Teilhaberschaften an offenen Handelsgesellschaften, Anteile an Ges. m. b. H.) zu behandeln, mit Ausnahme von Kuxen, Aktien, Anteilscheinen und sonstigen Wertpapieren.

Die Bestimmungen der Ziffer 6, betreffend das Inkrafttreten von Beitrittserklärungen, findet auf die Gegenrechtserklärungen entsprechende Anwendung. Gegenrechtserklärungen können von beiden Seiten jederzeit ausser Kraft gesetzt werden, ohne im übrigen andere Gegenrechtserklärungen oder den Bestand des Vertrages zu berühren.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Wien, den 24. Oktober 1927.

Für die Republik Österreich:

SCHWANBERG.

Dr. Rudolf EGGER.

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:

BLAU.

MAEDER.

FRÖLICHER.

¹ TRADUCTION.

N^o 1935. — CONVENTION CONCLUE ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE AU NOM DU CANTON DE SAINT-GALL ET LA RÉPUBLIQUE AUTRICHIENNE EN VUE D'ÉVITER CERTAINS CAS DE DOUBLE IMPOSITION. SIGNÉE A VIENNE, LE 24 OCTOBRE 1927.

LA CONFÉDÉRATION SUISSE AU NOM DU CANTON DE SAINT-GALL et LA RÉPUBLIQUE AUTRICHIENNE, animées du désir d'éviter dans certains cas la double imposition, ont décidé de conclure la convention ci-après et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires :

LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE :

- M. Hans BLAU, directeur de l'Administration fédérale des contributions ;
- M. le D^r Emil MAEDER, conseiller d'Etat, directeur des Finances du canton de St-Gall ;
- M. le D^r Hans FRÖLICHER, secrétaire de légation de I^{re} classe, au Département politique fédéral ;

LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE AUTRICHIENNE :

- M. Egon SCHWANBERG, chef de section au Ministère fédéral des Finances ;
- M. le D^r Rudolf EGGER, conseiller ministériel au Ministère fédéral des Finances.

Les plénipotentiaires, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

Article premier.

1. Les revenus que des personnes occupées ou employées en service public ou privé retirent,

² TRANSLATION.

No. 1935. — CONVENTION BETWEEN THE AUSTRIAN REPUBLIC AND THE SWISS CONFEDERATION (IN THE NAME OF THE CANTON OF ST-GALL FOR THE PREVENTION OF CERTAIN CASES OF DOUBLE TAXATION. SIGNED AT VIENNA, OCTOBER 24, 1927.

THE SWISS CONFEDERATION IN THE NAME OF THE CANTON OF ST. GALL and THE AUSTRIAN REPUBLIC, being desirous of preventing double taxation in certain cases, have resolved to conclude the following Convention and have appointed as Plenipotentiaries for this purpose :

THE SWISS FEDERAL COUNCIL :

- M. Hans BLAU, Director of the Federal Administration of Taxes ;
- Dr. Emil MAEDER, Counsellor of State, Director of Finances of the Canton of St. Gall ;
- Dr. Hans FRÖLICHER, Secretary of Legation of the first class at the Federal Political Department.

THE GOVERNMENT OF THE AUSTRIAN REPUBLIC :

- M. Egon SCHWANBERG, Head of Section at the Federal Ministry of Finance ;
- Dr. Rudolf EGGER, Ministerial Counsellor at the Federal Ministry of Finance.

The Plenipotentiaries, having communicated their full powers, which were found in good and due form, have agreed as follows :

Article I.

1. Income earned by persons employed in the public services or in the service of private

¹ Traduction du Gouvernement fédéral suisse.

² Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, à titre d'information.

¹ Translation of the Swiss Federal Government.

² Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

sous n'importe quelle désignation ou sous n'importe quelle forme, de cette occupation ou de cet emploi (revenu du travail) ne seront assujettis à l'impôt sur le revenu que dans l'Etat où le contribuable est domicilié. Sont considérés aussi comme revenus du travail les traitements de disponibilité, les retraites, les pensions versées aux veuves et aux orphelins et autres versements ou avantages appréciables en numéraire alloués en raison de service ou d'emplois antérieurs.

2. Si un contribuable possède un domicile simultanément en Autriche et dans le canton de St-Gall, l'imposition aura lieu dans celui de ces Etats où il a son domicile de famille ; à défaut d'un domicile de famille, les autorités suprêmes de l'Administration des Finances de la République autrichienne et du canton de Saint-Gall conviendront d'une solution dans chaque cas particulier.

3. Un contribuable a son domicile au sens de la présente convention là où il réside avec l'intention de s'y établir. Cette intention doit résulter de circonstances extérieures (soit du fait d'avoir son propre logement ou une chambre louée de façon durable, d'habiter avec sa propre famille, etc.).

Article II.

Les traitements et allocations perçus par les personnes au service de l'administration douanière de la République autrichienne ou de la Confédération suisse, occupées dans un office de cette administration situé sur le territoire de l'autre Etat et habitant en conséquence dans ce dernier, ne seront assujettis à l'impôt sur le revenu que dans l'Etat d'origine du contribuable (article 9 de la convention du 2 août 1872 concernant le service des péages aux stations de chemin de fer de Buchs et de St-Margrethen).

Article III.

Les prêts accordés par un créancier domicilié dans l'un des Etats à un débiteur domicilié dans l'autre, ainsi que les intérêts et autres produits de ces prêts ne seront soumis à l'impôt sur le revenu et à celui sur les rentes ainsi qu'à l'impôt sur la fortune que dans le pays du créancier, sauf dans le cas où, en ce qui concerne

persons and derived from such employment under whatever designation or in whatever form (earned income), shall only be liable to income tax in the State in which the taxpayer is domiciled. Half-pay, pensions on retirement, widows' and orphans' pensions and other emoluments or allowances granted for services rendered or earned in a profession in which the person concerned was formerly engaged shall also be regarded as earned income.

2. Where a person is domiciled both in Austria and in the Canton of St-Gall, taxes shall be levied in the State in which the taxpayer has his permanent home (*Familienwohnsitz*) ; if he has no such permanent home, agreements shall be arrived at, in each individual case, between the supreme financial authorities of the Austrian Republic and of the Canton of St-Gall.

3. For the purposes of the present Treaty, a taxpayer shall be considered to be domiciled in the place in which he has the intention of residing permanently. This intention must be apparent from certain outward circumstances (possession of his own dwelling or of a room on a long lease, residence with his own family, etc.).

Article II.

Salaries of persons in the service of the Customs administration of the Austrian Republic or of the Swiss Confederation, who are employed at an office of that administration which is situated in the territory of the other State, and who, on this account, are domiciled there, shall only be subject to income tax in their own country (Article 9 of the Convention of August 2, 1872, regarding the Customs staff at the railway stations of Buchs and St. Margrethen).

Article III.

Loans granted by a creditor domiciled in one country to a debtor domiciled in the other country, as well as the interest and other yield of such loans, shall only be subject to income tax and the tax on the interest from shares or annuities, as well as the tax on capital in the country of the creditor ; an exception may

l'impôt sur les rentes, l'impôt est perçu par voie de retenues par le débiteur. Le domicile de personnes physiques est réglé par les prescriptions de l'article I, troisième alinéa, de la présente convention. Le domicile de sociétés et de personnes morales se trouve au lieu de la direction effective de l'entreprise.

Article IV.

Les propriétés foncières et les revenus qu'on en retire ne seront assujettis aux impôts sur la fortune et sur le revenu que dans le pays où sont sises les propriétés en question.

Article V.

1. Les entreprises commerciales et industrielles qui sont exploitées par des personnes ayant leur domicile (siège) dans l'un des deux États et qui étendent leur exploitation sur le territoire de l'autre, sans y avoir d'établissement stable, ne seront pas assujetties dans cet autre État aux impôts sur le revenu, sur la fortune, sur le produit du travail, respectivement à l'impôt dit Körperschaftssteuer.

2. Sont considérés comme établissements stables la direction de l'entreprise, les succursales fabriques, bureaux d'achat et de vente, dépôts, comptoirs et autres installations entretenues, dans le but d'exploiter l'entreprise, par l'entrepreneur lui-même, par son associé, son fondé de pouvoirs ou par un autre représentant permanent. Si un agent autonome se borne à servir d'intermédiaire à la maison qu'il représente, sans en posséder un dépôt de marchandises et sans avoir la compétence de conclure lui-même des affaires, ceci n'est pas considéré comme exploitation d'un établissement stable.

Article VI.

Les autorités suprêmes de l'administration des finances de la République autrichienne et du canton de St-Gall peuvent, au surplus, en vue d'éviter des doubles impositions, entrer directement en relations dans chaque cas particulier pour le régler dans le sens d'une répartition équitable des charges fiscales.

nevertheless be made in the case of the tax on interest from shares or annuities where the tax is collected by means of deductions made by the debtor. The provisions of Article I, paragraph 3, of the present Treaty shall apply in respect of the domicile of physical persons; the domicile of companies and juridical persons shall be the seat of the actual centre of management.

Article IV.

Real estate and profits derived therefrom shall only be subject to income tax and tax on capital in that country in which the real estate in question is situated.

Article V.

1. Commercial and industrial undertakings whose owners have their domicile (seat) in one of the two States shall not, in the event of their extending their activities to the territory of the other State without setting up therein a business establishment (*Betriebsstätte*), be subject in the latter State to income tax, tax on capital or profits, or corporation tax.

2. Business establishments (*Betriebsstätten*) shall mean the centre of management, branches, factories, agencies for purchase and sale, warehouses, offices and other installation used for carrying on the industry by the principal himself, his partners, authorised representatives or any other agents. Where an independent agent merely negotiates business for the firm he represents without maintaining on its behalf any warehouse, and without being authorised to conclude on its behalf any transactions, this shall not be regarded as constituting the maintenance of a business establishment (*Betriebsstätte*).

Article VI.

Furthermore for the prevention of double taxation, the supreme financial authorities of the Austrian Republic and of the Canton of St. Gall may engage in direct negotiations in special cases for the purpose of adjusting fiscal claims by an equitable method of apportionment.

Article VII.

La présente convention est dénonçable en tout temps. Si la dénonciation a lieu avant le 1^{er} octobre d'une année, la convention cessera de déployer ses effets déjà pour l'année civile suivante, autrement pour la deuxième année civile qui suit la dénonciation.

Article VIII.

1. La présente convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés le plus tôt possible, à Berne.

2. La convention entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification. Elle s'appliquera aux impôts dus pour les années à partir du 1^{er} janvier 1927.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé les sceaux.

Fait en deux exemplaires originaux à Vienne, le 24 octobre 1927.

Article VII.

The present Treaty may be denounced at any time. If denunciation takes place before October 1 of any year, the treaty shall cease to be binding from the beginning of the calendar year following the denunciation, otherwise as from the beginning of the second calendar year following the denunciation.

Article VIII.

1. The present Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Berne.

2. The present Convention shall come into force on the exchange of the instruments of ratification. It shall apply to taxes in respect of the period from January 1, 1927.

In faith whereof the Plenipotentiaries have signed the present Convention and have thereto affixed their seals.

Done in duplicate in Vienna on October 24, 1927.

Pour la Confédération suisse :

For the Swiss Confederation :

(L. S.) (Signé) BLAU.

(Signé) MÄDER.

(Signé) FRÖLICHER

Pour la République autrichienne :

For the Austrian Republic :

(L. S.) (Signé) E. SCHWANBERG.

(Signé) Dr Rudolf EGGER.

PROTOCOLE FINAL

A l'occasion de la signature de la convention conclue à la date de ce jour, les plénipotentiaires soussignés ont convenu des déclarations suivantes, qui formeront partie intégrante de la convention même :

1. La présente convention est applicable, de la part de la République autrichienne, aux impôts directs réglés dans la loi d'impôt personnel, B. G. Bl. N^o 307 de l'année 1924, et, de

FINAL PROTOCOL.

On signing the above Convention, the under-mentioned Plenipotentiaries agreed upon the following declaration, which constitutes an integral part of the Convention :

1. The present Convention shall apply in the case of the Austrian Republic to the direct taxes specified in the law concerning personal taxation (*Bundesgesetzblatt* No. 307 of 1924)

la part du canton de St-Gall, aux impôts directs cantonaux et communaux.

2. Si, au cours de l'année fiscale, un contribuable transfère son domicile de l'un des Etats dans l'autre, chacun des deux Etats n'imposera que la partie du produit du travail réalisé durant le temps où le contribuable était domicilié sur son territoire.

3. La disposition de l'article III n'est pas applicable aux prêts accordés pour dissimuler des participations commerciales. Elle ne touche pas l'imposition des entreprises débitrices.

4. Si le canton de St-Gall introduisait une imposition des hypothèques grevant les immeubles sis dans le canton ou les intérêts de celle-ci, sans égard au domicile du créancier, l'article III cesserait d'être applicable, dès l'entrée en vigueur des dispositions y relatives, aux prêts garantis par inscription au registre foncier et aux intérêts de ces prêts.

5. L'article V n'est pas applicable au colportage et aux industries ambulantes.

6. D'autres cantons suisses pourront adhérer à la convention par déclaration d'adhésion. Cette déclaration sera faite à la République autrichienne, au nom des cantons en question, par la Confédération suisse. Si la déclaration d'adhésion est faite au plus tard jusqu'à l'échange des instruments de ratification concernant la convention entre la République autrichienne et le canton de St-Gall, l'article VIII, deuxième alinéa, sera applicable ; autrement la convention sera applicable pour la première fois aux impôts dus pour l'année en laquelle aura été donnée la déclaration d'adhésion.

7. A l'égard de cantons suisses prêts à n'adhérer qu'à quelques-unes des dispositions de la présente convention, le Gouvernement autrichien appliquera les dispositions en question si le gouvernement suisse lui remet une déclaration de réciprocité de la part de l'autorité compétente du canton intéressé. Le Gouvernement autrichien se déclare prêt, en outre, vis-à-vis de tout canton suisse, à régler, par la même voie de la déclaration de réciprocité, l'imposition des entreprises commerciales et industrielles entretenant des établissements stables en Autriche ou dans un canton suisse en ce sens que l'entreprise et le revenu en résultant ne seraient assujettis aux impôts directs (chiffre 1)

and in the case of the Canton of St. Gall to the direct taxes of the State and the communes.

2. Where domicile is transferred during the fiscal year from one country to the other, only that part of the earned income shall be taxed in each of the two countries which was earned during the period of domicile in its territory.

3. The provisions of Article III shall not apply to loans granted to conceal participation in a business. It shall not refer to the taxation of debtor undertakings.

4. In the event of the Canton of St. Gall introducing taxation of its mortgages or of the interest thereon irrespective of the domicile of the creditor, the effect of Article III shall be restricted as from the date of the legal introduction of such taxation in that it shall not apply to loans which are secured by inscription in the land register nor to interest derived therefrom.

5. Article V shall not apply to hawking or other itinerant trades.

6. Other Swiss Cantons may accede to the Treaty by giving a declaration of accession. Such declaration of accession shall be notified to the Austrian Republic by the Swiss Confederation in the name of the Cantons concerned. If the notification of a declaration of accession is effected no later than the exchange of the instruments of ratification in respect of the Treaty between the Austrian Republic and the Canton of St. Gall, Article VIII, paragraph 2, will apply ; otherwise the provisions of the Convention will first be applied to taxes in respect of the year in which the declaration of accession was notified.

7. In regard to those Swiss Cantons which are prepared to regulate this matter in conformity with the present Convention, but in respect of certain clauses only, the Austrian Government will apply the clauses in question, provided that the Swiss Government furnishes it with a declaration of reciprocity from the competent authorities of the Canton concerned. The Austrian Government further declares itself willing to regulate, in relation to each Swiss canton and subject to a declaration of reciprocity, the taxation of commercial and industrial undertakings which maintain business establishments (*Betriebsstätten*) in Austria or in a Swiss Canton ; in this case the undertaking

que dans l'Etat où se trouve un établissement stable. S'il se trouve des établissements stables d'une même entreprise sur les deux territoires, l'entreprise ne sera assujettie aux impôts directs, sur chacun des deux territoires, que dans la mesure de l'activité exercée par l'établissement stable indigène. La notion d'établissement stable est celle délimitée à l'article V de la présente convention.

Sont assimilées aux entreprises commerciales et industrielles les participations à des entreprises organisées sous forme de sociétés (notamment les parts à des sociétés en nom collectif *offene Handelsgesellschaften*, à des sociétés à responsabilité limitée G. m. b. H.) à l'exception des parts minières (*Kuxen*), actions, parts sociales et autres papiers-valeurs.

Les dispositions du chiffre 6 concernant l'entrée en vigueur des déclarations d'adhésion sont applicables aux déclarations de réciprocité. Ces dernières peuvent en tout temps être retirées par les deux parties avec effet immédiat, sans préjudice d'autres déclarations de réciprocité ou de la convention elle-même.

Fait en deux exemplaires originaux à Vienne, le 24 octobre 1927.

and income derived therefrom shall only be liable to direct taxation (No. 1) in that State in which the business establishment (*Betriebsstätte*) is situated. Where business establishments (*Betriebsstätten*) of the same undertaking are situated in both territories, liability to direct taxation in each territory shall only be in proportion to the amount of business done within that territory by such business establishment (*Betriebsstätte*). Reference should be made to Article V of the present Convention for a definition of a business establishment (*Betriebsstätte*).

The treatment accorded to commercial and industrial undertakings shall also be applied to participations in undertakings formed on a company basis (in particular, to partnerships in private firms and shares in limited liability companies), with the exception of mining shares (*Kuxen*), shares, founders' shares and other securities.

The provisions of No. 6 dealing with the entry into force of the declarations of accession shall be applied *mutatis mutandis* to the declarations of reciprocity. Declarations of reciprocity may be abrogated by either Party without affecting other declarations of reciprocity or the validity of the Convention.

Done in duplicate at Vienna, October 24, 1927.

Pour la Confédération suisse :

For the Swiss Confederation :

(Signé) BLAU.

(Signé) MÄDER.

(Signé) FRÖLICHER.

Pour la République autrichienne :

For the Austrian Republic :

(Signé) E. SCHWANBERG.

(Signé) Dr Rudolf EGGER.